

Antwort

auf die Kleine Anfrage 3233
des Abgeordneten Axel Vogel
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 5/8148

Positionen der Landesregierung Brandenburg in der 915. Sitzung des Bundesrates am 11. Oktober 2013

Wortlaut der Kleinen Anfrage 3233 vom 08.11.2013:

Das Abstimmungsverhalten in den Sitzungen des Bundesrates wird nicht protokolliert und somit ist es nicht möglich, das Abstimmungsverhalten der Landesregierung Brandenburg mit Hilfe vorliegender Informationen nachzuvollziehen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

Wie war das jeweilige Abstimmungsverhalten der Landesregierung zu den folgenden Tagesordnungspunkten auf der 915. Sitzung des Bundesrates am 11. Oktober 2013 und wie begründet die Landesregierung ihr jeweiliges Stimmverhalten:

- TOP 27 (Zweite Verordnung zur Änderung der Energieeinsparungsverordnung) – inklusive Auflistung des Abstimmungsverhalten bei allen Ziffern der Ausschussempfehlungen und beim Antrag der Freien und Hansestadt Hamburg.

Namens der Landesregierung beantwortet der Chef der Staatskanzlei die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Wie war das jeweilige Abstimmungsverhalten der Landesregierung zu den folgenden Tagesordnungspunkten auf der 915. Sitzung des Bundesrates am 11. Oktober 2013 und wie begründet die Landesregierung ihr jeweiliges Stimmverhalten:

TOP 27 (Zweite Verordnung zur Änderung der Energieeinsparungsverordnung) – inklusive Auflistung des Abstimmungsverhalten bei allen Ziffern der Ausschussempfehlungen und beim Antrag der Freien und Hansestadt Hamburg.

zu Frage 1:

Das Land Brandenburg hat den Ausschussempfehlungen der Drucksache 113/2/13 mit Ausnahme der Ziffer 33 bei Enthaltung zu Ziffern 20, 21 und 28 zugestimmt. Die Aussagen und Positionierungen in den entsprechenden Ziffern der Drucksache zur Beschlussfassung zur Verordnung mit Maßgaben sowie zu einer Entschließung werden geteilt. Ihre Begründungen ergeben sich aus dem Text. Ziffer 33 wäre eine Zustimmung zur Verordnung ohne Maßgabe gewesen, der mit Blick auf die unterstützende Haltung zu den meisten Maßgaben nicht zugestimmt werden sollte. Zu den drei Ziffern 20, 21 und 28 hat sich die Landesregierung auf Enthaltung verständigt, da gegen die dortigen Forderungen fachliche Bedenken bestehen. Der Hamburger Plenarantrag 113/3/13 zur Behebung eines Verweisfehlers wurde unterstützt.